

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Plenarsitzungsdokument

12.11.2008

B6-0583/2008

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht im Anschluss an Erklärungen des Rates und der Kommission

gemäß Artikel 103 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von Georgs Andrejevs

im Namen der ALDE-Fraktion

zu HIV/Aids: Früherkennung und Behandlung im Frühstadium

B6-0583/2008

Entschließung des Europäischen Parlaments zu HIV/Aids: Früherkennung und Behandlung im Frühstadium

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 24. April 2007 zur Bekämpfung von HIV/Aids in der Europäischen Union und in den Nachbarländern (2006-2009),
- unter Hinweis auf die Erklärung von Bremen vom 13. März 2007 „Über Verantwortung und Partnerschaft – gemeinsam gegen HIV/Aids“,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 6. Juli 2006 zu HIV/Aids: „Time to deliver“,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 30. November 2006 zu Aids,
- in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Rates vom 6. Juni 2005 zur Bekämpfung von HIV/Aids,
- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zur Bekämpfung von HIV/Aids in der Europäischen Union und in den Nachbarländern, 2006-2009,
- in Kenntnis der Erklärung von Dublin zur Partnerschaft zur Bekämpfung von HIV/Aids in Europa und Zentralasien, angenommen auf der Ministerkonferenz „Barrieren durchbrechen – Partnerschaft zur Bekämpfung von HIV/Aids in Europa und Zentralasien“, die im Rahmen der irischen Ratspräsidentschaft am 23. und 24. Februar 2004 abgehalten wurde,
- in Kenntnis des Berichts von UNAIDS/WHO Europa 2008 mit dem Titel „Fortschritte bei der Umsetzung der Erklärung von Dublin zur Partnerschaft bei der Bekämpfung von HIV/Aids in Europa und Zentralasien“,
- unter Hinweis auf die „Erklärung von Vilnius“ zu Maßnahmen zur verstärkten Bekämpfung von HIV/Aids in der Europäischen Union und ihren Nachbarländern, angenommen von Ministern und Regierungsvertretern aus der Europäischen Union und ihren Nachbarländern auf der Konferenz „Europa und HIV/Aids – Neue Herausforderungen, Neue Chancen“, die am 16./17. September 2004 in Vilnius (Litauen) abgehalten wurde,
- unter Hinweis auf das HIV/Aids-Programm der WHO von 2006 „Für einen allgemeinen Zugang bis 2010“,
- in Kenntnis der Eurobarometer-Umfrage zur Prävention von Aids vom Februar 2006,
- in Kenntnis des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Personen mit Behinderungen,

- gestützt auf Artikel 103 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass aus dem Halbjahresbericht 2005 von EuroHIV hervorgeht, dass sich im Zeitraum 1998-2005 in der Europäischen Union 215 510 Menschen und in der Region Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 646 142 Menschen neu mit HIV infiziert haben,
- B. in der Erwägung, dass nach Angaben von EuroHIV nahezu ein Viertel aller HIV-Neuinfektionen junge Menschen unter 25 Jahren betrifft,
- C. in der Erwägung, dass die Berichte von EuroHIV und UNAIDS bestätigen, dass die Zahl der HIV-Neuinfektionen in der Europäischen Union sowie in den Nachbarländern nach wie vor in erschreckendem Maße ansteigt und dass die geschätzte Zahl der HIV-Infizierten in einigen Ländern nahezu das Dreifache der offiziellen Zahl beträgt,
- D. in der Erwägung, dass sich im Jahr 2005 trotz der gestiegenen Zahl der HIV-Infektionen der stetige Rückgang der Zahl der in den letzten Jahren diagnostizierten Aids-Fälle fortgesetzt hat, wobei im Jahr 2005 im Vergleich zu 1998 weniger als halb so viele Fälle diagnostiziert wurden,
- E. unter Hinweis darauf, dass ein Großteil der HIV-Infektionen unerkannt bleibt und dass viele Menschen nicht wissen, ob sie infiziert sind oder nicht, und ihre Infektion wahrscheinlich erst dann entdecken, wenn sie unter Krankheiten leiden, die durch HIV/Aids bedingt sind,
- F. in der Erwägung, dass die Ansteckungsgefahr von HIV bei gleichzeitigem Auftreten anderer sexuell übertragbarer Krankheiten (wie Gonorrhö, Chlamydien, Herpes und Syphilis) wesentlich zunimmt,
- G. in der Erwägung, dass die Epidemie unter Drogenkonsumenten, die sich ihre Drogen intravenös verabreichen, einer der Gründe für die rasche Ausbreitung der HIV-Infektion in vielen osteuropäischen Ländern ist,
- H. in der Erwägung, dass HIV/Aids eine übertragbare Krankheit ist und daher die Gefahr einer Ansteckung über latent Infizierte besteht,
- I. in der Erwägung, dass aus den Ergebnissen des Berichts von UNAIDS/WHO Europa „Fortschritte bei der Umsetzung der Erklärung von Dublin zur Partnerschaft zur Bekämpfung von HIV/Aids in Europa und Zentralasien“ hervorgeht, dass nur wenige der 53 Länder in der Region Europa Maßnahmen gegen Stigmatisierung und Diskriminierung und zum Schutz der Menschenrechte unternommen haben, die den in der Dubliner Erklärung gegebenen Zusagen entsprechen,
- J. in der Erwägung, dass der uneingeschränkte Schutz der Rechte für jeden einzelnen Aspekt der Bekämpfung von HIV wesentliche Bedeutung hat,
- K. in der Erwägung, dass es dringend geboten ist, zur Bekämpfung der Epidemie über die Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten,

- L. in der Erwägung, dass im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Personen mit Behinderungen deutlich gemacht wird, dass es auch einstellungs- oder umweltbedingte Barrieren sind, die einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Wege stehen,
1. fordert Rat und Kommission auf, eine umfassende Strategie zu HIV-Infektionen mit folgenden Zielsetzungen zu erarbeiten:
 - Förderung der Früherkennung und weitgehende Beseitigung von Faktoren, die als Hindernisse für einen Test wahrgenommen werden;
 - Sicherstellung von Behandlung im Frühstadium und Darstellung der Vorteile einer früher einsetzenden Behandlung;
 2. fordert die Kommission auf, eine genaue Überwachung und Kontrolle durch das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten sicherzustellen, einschließlich genauerer Schätzungen (Umfang, charakteristische Merkmale) der Bevölkerungsgruppen, bei denen keine Diagnose erfolgt ist;
 3. fordert die Kommission eindringlich auf, umfangreiche politische und finanzielle Ressourcen sowie erhebliche Humanressourcen für die Umsetzung dieser Strategie bereitzustellen;
 4. fordert die Mitgliedstaaten auf, Empfehlungen des Rates zur Umsetzung von Test- und Behandlungsleitlinien für jeden Mitgliedstaat zu formulieren, die auf gesicherten Erkenntnissen beruhen;
 5. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass künftige Programme zur Überwachung der Fortschritte bei der Bekämpfung von HIV/Aids in Europa angemessene Indikatoren enthalten, mit denen erfasst und bewertet werden kann, ob die Menschenrechtsnormen in diesem Zusammenhang eingehalten werden;
 6. fordert die Mitgliedstaaten auf, Bestimmungen zu erlassen, mit denen die Diskriminierung von HIV/Aids-Infizierten, einschließlich Beschränkungen ihrer Freizügigkeit, innerhalb ihrer Rechtsordnungen wirksam als Unrecht geächtet wird;
 7. hält die Mitgliedstaaten nachdrücklich dazu an, die Informations- und Aufklärungskampagnen über Prävention, Tests und die Behandlung von HIV/Aids zu verstärken;
 8. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission, den Mitgliedstaaten, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, UNAIDS, der Weltgesundheitsorganisation und den Regierungen der Mitgliedstaaten zu übermitteln.